

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1913

113 (26.4.1913) 2. Blatt

Volkswirtschaftliche Beilage.

Reichserbschaftsteuerstatistik.

Die finanziellen Wirkungen des Reichserbschaftsteuergesetzes vom 3. Juni 1906 im Rechnungsjahre 1911 stellen sich wie folgt:

Table with 3 columns: Erwerb von Todeswegen, Schenkungen unter Lebenden, zusammen. Rows show number of cases and total tax revenue.

Außerdem wurden bei 58 Erwerbsfällen aus Erbschaften von zusammen 312 470 M. Reinerwert 21 283 M. und bei 36 dergleichen aus Schenkungen unter Lebenden von zusammen 70 046 M. Reinerwert an Steuer 6689 M. niedergeschlagen.

Im Durchschnitt entfällt auf einen versteuerten Anfall ein Reinerwertbetrag von rund 7569 M. mit einem Steuerertrag von rund 515 M.

Table comparing total tax revenue (Gesamtsteuereinnahmen) and total tax liability (Gesamtsteuerverbindlichkeiten) for 1911.

Bei dem Erwerbe von Todes wegen weisen die Abkömmlinge 1. Grades von Geschwistern mit 39 247 (= 35,56 v. H. der Gesamtzahl) die Höchstzahl aller versteuerten Erbschaften an, dagegen Geschwister mit 284 562 252 M. (= 34,80 v. H. des Gesamterwertes) den höchsten Gesamterwertbetrag aus, während den größten Steuerbetrag die auch mit dem höchsten Steuerjahre belegten „übrigen Erwerber“ mit 15 481 442 M. (= 27,71 v. H. der gesamten Steuererträge) auf einen Anfall von durchschnittlich 6247 M. rund 730 M. zahlen.

Bei den Schenkungen unter Lebenden entfallen mit 1743 Anfällen = 29,64 v. H. die meisten auf die Steuerklasse „übrige Erwerber“, von dem Gesamterwertbetrage von 62 063 764 M. allein 24 815 102 M. = 39,98 v. H. an miltätige oder gemeinnützige inländische Stiftungen usw. Dagegen wird auch hier der Hauptsteuerbetrag mit 1 472 564 M. = 36,92 v. H. von den „übrigen Erwerbern“ aufgebracht.

Table showing tax revenue from inheritance tax (Erbchaftsteuer) and gift tax (Schenkungssteuer) for 1911.

Von der Erbschaftsteuer allgemein befreit und daher in der Statistik unberücksichtigt geblieben sind die Anfälle an Ehegatten sowie Kinder und deren Abkömmlinge, ferner solche unter 500 M., da dieser Betrag als untere Grenze der Steuerpflichtigkeit durch § 11 Ziffer 1 des Gesetzes festgelegt ist. Außerdem sind statistisch nicht behandelt die steuerfreien Anfälle aller Art aus Schenkungen unter Lebenden. Nach den besonderen Bestimmungen des Gesetzes sind, abgesehen von den Fällen, in denen der Wertbetrag von den Steuerbehörden nicht besonders ermittelt wurde, 19 043 198 M. Erwerb von Todes wegen steuerfrei geblieben.

Außerdem wurden gemäß § 15 (ganze oder teilweise Steuerbefreiung der land- und forstwirtschaftlichen Grundstücke) in 17 407 Anfällen 805 286 M. Steuer erhoben gelassen.

Weinmosternte im Jahre 1912.

Die gesamten im Ertrage stehenden 108 840 Hektar deutschen Weinlandes haben im Jahre 1912 einen Mostertrag von 2 019 392 Hektolitern mit einem Werte von 94 390 978 M. gebracht, durchschnittlich 887 M. auf 1 Hektar. Im Vorjahre betrug bei etwas größerer Fläche (110 053 Hektar) der Mostertrag 2 922 886 Hektolitern im Werte von 178 287 105 M. oder von durchschnittlich 1620 M. auf 1 Hektar.

Nach der Farbe des Weines unterschieden, lieferten im Berichtsjahre 83 497 Hektar an Weißweinstoff 1 785 001 Hektoliter im Werte von 81 745 365 M.; von 14 236 Hektar wurden 198 264 Hektoliter Rotwein im Werte von 9 033 646 M. geerntet und 11 107 Hektar ergaben 86 127 Hektoliter gemischten Wein im Werte von 3 611 967 M.

Ein Vergleich des Berichtsjahres mit den weiteren Vorjahren zeigt, daß Erntemenge wie Erntewert hinter dem Durchschnitt etwas zurückblieben.

Table showing wine harvest statistics for 1912, 1893/98, and 1902/11, including yield and value per hectare.

Feststellung über den Frostschaden 1913.

Um einen Überblick über den Stand der Reben- und Obstkulturen im Lande zu erhalten, hat die Bad. Landwirtschaftskammer bei einer großen Anzahl Sachverständigen Erhebungen über den Frostschaden in den Apriltagen 1913 gemacht. Aus dem Material seien folgende interessante Angaben herausgegriffen:

Der durch den Kälteeinbruch vom 12.—14. d. Mts. verursachte Frostschaden ist besonders in bevorzugten Lagen recht groß, doch besteht Hoffnung, daß auch in den stark betroffenen Gegenden nicht alle Arten völlig vertragen, sondern daß be-

sonders einzelne Arten und Sorten noch einen befriedigenden Anlauf gesund scheinender Blüten und Knospen zeigen. Von der Bodenseegegend, vom Schwarzwald und vom Tauberggrund lauten die Erhebungen am günstigsten. Die Reben scheinen in den bevorzugten Lagen stark mitgenommen zu sein, trotzdem ist Aussicht vorhanden, daß der Schaden durch Nachwuchs aus den Nebenaugen einigermaßen wieder gut gemacht wird. Bekanntlich sind auch im Jahre 1874 die Reben im Frühjahr und zwar erst im Mai erfroren, gleichwohl haben sie im selben Jahr einen guten Ertrag gebracht. Nach den weiteren Erhebungen dürften Pfirsiche und Aprikosen mit Ausnahme besonders geschädigter Pflanzen durchweg erfroren sein. Süßkirschen haben stärker gelitten als Sauerkirschen, Frühweitschen und Frühpfirsiche wurden stark betroffen, wogegen Spätweitschen weniger stark gelitten haben. Gewisse Steinobstsorten, z. B. Mirabellen und Meiselauden zeigen noch einen befriedigenden Blütenanlauf. Birnen zeigen unverhältnismäßig mehr Schaden als Äpfel, die teilweise noch eine gute Ernte abwerfen können, wenn die Bitterung in der Folge gütig bleibt. Besonders die spät blühenden Sorten sollen in fast allen Gegenden wenig oder gar nicht beschädigt sein. Von Wallnüssen ist in diesem Jahre in den meisten Lagen keine Ernte zu erwarten. Auch die Quitten sind erfroren. Bei Erbseeren lauten die Berichte widersprechend. Ebenso über die Beerensträucher. Es scheint, daß der Schaden in den Gegenden mit mittelfrüher Blütezeit am größten ist; doch kann man auch dort mit einer Drittel- bis Mittelernnte rechnen.

Es steht zu hoffen, daß wenn die Bitterung im Verlaufe der nächsten 4 Wochen gütig bleibt, manches wieder ausgeglichen erscheint und besser ausfällt, was heute noch ein sehr unerfreuliches Bild gewährt, weil sich die endgültige Wirkung des Frostes noch keineswegs übersehen läßt.

Mannheimer Volksschul- und Jugendzuehungsbererungen.

Mannheim, 25. April. In der Ausgestaltung der Volksschule und auf dem Gebiet der Jugendzuehung gibt es heute weniger als je einen Stillstand. Über die Bestrebungen, die gegenwärtig in Mannheim verfolgt werden, sei hier einiges angeführt.

Von welcher Bedeutung es für das Volkstum ist, eine großstädtische Volksschule immer mehr zu vervollkommen, das zeigen die außerordentlich großen Zahlen, um die es sich da handelt. Die Mannheimer Volksschule zählt jetzt 33 400 Schüler, wozu noch die 2830 Schüler der allgemeinen Fortbildungsschule kommen, so daß im ganzen über 36 000 Volksschulkinder vorhanden sind. Das sind über 13 000 Kinder mehr als sämtliche höhere Knaben- und Mädchenschulen des ganzen badischen Landes zusammen haben, über 2000 Köpfe mehr als die ganze Stadt Mannheim vor 45 Jahren Einwohner hatte. Der Aufwand für die Volksschule beträgt nach dem Voranschlag für 1913 einschließlich der Nutzungswerte der Schulgebäude und der Einrichtung 4 1/2 Millionen Mark. Diese Summe stellt über ein Fünftel, nämlich 22,2 Prozent der gesamten Ausgaben dar.

Eine vom pädagogischen Gesichtspunkt aus außerordentlich zu begrüßende Maßnahme ist der vor einigen Wochen vom Stadtrat gefasste Beschluß, die sogen. Kombinationsklassen nunmehr auch für die ersten und zweiten Schuljahre aufzuheben. Früher hatten je zwei Schuljahre zusammen einen Lehrer und ein Klassenzimmer, und durch diese übermäßige Belastung der Lehrer wurden natürlich auch die Kinder dieser vier unteren Schuljahre schwer beeinträchtigt. Die 3. und 4. Kombinationsklassen wurden nun seit 1901 nach und nach beseitigt, im Schuljahre 1911/12 war das Ziel erreicht. Nunmehr sollen auch die 1. und 2. Kombinationsklassen aufgehoben werden, wofür 47 weitere Klassenräume mit einem Bauaufwand von 940 000 M. und die Anstellung von 94 weiteren Lehrern mit einem jährlichen Mehraufwand von 212 000 M. erforderlich sind. Trotz dieser großen Mehrlöcher sollen im Laufe der nächsten Jahre bei den Schulhausneubauten die noch fehlenden Klassenräume erstellt werden. Von Ostern ab werden schon in dem Vorort Redarau und von September ab in Feudenheim keine Kombinationsklassen mehr vorhanden sein. Wenn das angestrebte Ziel für die ganze Mannheimer Volksschule erreicht sein wird, dann wird sich, wie sich Stadtschulrat Dr. Säding bei der Budgetberatung ausdrückte, die Mannheimer Schule der besten Verhältnisse erfreuen und in ganz besonderem Maße in die Lage versetzt sein, ohne besondere Verunsicherungen einrichten zu müssen, den so überaus wichtigen Anfangsunterricht, dessen Reformbedürftigkeit allgemein zugestanden wird, naturgemäßer, wirksamer, und für Kinder und Lehrer freudvoller zu gestalten. Vom nächsten Schuljahre ab werden der Volksschule auch ständig eine Anzahl sogen. Schulwägen zur Verfügung stehen, d. h. Auswärtige, die bei Krankheit oder Urlaub eines Lehrers sofort einrücken, so daß die bisher erforderliche Verteilung einer bewährten Klasse auf mehrere Parallelklassen, oder die Befreiung eines Lehrers mit einer zweiten Klasse künftig vermieden werden kann. Der Stadtschulrat hatte vor einiger Zeit Gelegenheit, mit drei Lehrern der hiesigen Volksschule eine mehrtägige Studienreise nach außerbadischen Volksschulen zu unternehmen, um die Reformversuche auf dem Gebiet der sogenannten „Arbeitschule“ kennen zu lernen. Solche Reformen, die darauf ausgehen, den Schüler zu größerer Selbstständigkeit anzuweisen, ihn seine Kenntnisse durch möglichst eigenes Arbeiten erwerben zu lassen, sind schon in einer Reihe von Städten durchgeführt worden. Die Studienkommission hat der städtischen Schulkommission nun eine eingehende Denkschrift unterbreitet und bestimmte Vorschläge darüber erfaßt, inwieweit und in welchen Formen die Förderung dieses Arbeitsschulgedankens innerhalb der hiesigen Volksschule mit Nutzen zu verwirklichen wäre.

Im Voranschlag ist der Posten für unentgeltliche Abgabe der Lehrmittel von 80 auf 100 000 M. erhöht. Nach der heutigen Praxis werden alle Gesuche um Lehrmittelfreiheit bewilligt, ohne daß die Frage der Bedürftigkeit besonders geprüft wird. Die Schule begrüßt dieses Entgegenkommen der Stadt, weil dadurch ungezügelter Semmen des Unterrichtsbetriebes beseitigt werden, die in der Volksschule leicht dadurch entstehen, daß die notwendigen Unterrichtsmittel für den Handgebrauch der Schüler nicht zur richtigen Zeit zur Verfügung stehen. Auch auf dem Gebiete der leiblichen Erziehung der Volksschuljugend sind erfreuliche Fortschritte festzustellen. Durch den kürzlich gefassten Beschluß des Stadtrats, über den auch hier berichtet wurde, werden künftig in den einzelnen Gegenden der Stadt Geländeblößen für Spiel- und Sportzwecke

dauernd zur Verfügung gestellt werden. Der Stadtschulrat fasste die vom Standpunkte der Jugendzuehung aus zu stellenden Anforderungen im Bürgerausschuß in die Forderung zusammen: Keinen künftigen Bebauungsplan ohne dauernde Bereitstellung von 4 ha Freifläche zu Spiel- und Sportzwecken auf etwa 30 000 Einwohner. Da voraussichtlich diese dauernden Freiflächen zum Teil nur in den Außenzonen bereitgestellt werden können, wird die Stadt die etwa notwendig werdende Beförderung der Kinder aus den entlegeneren Schulen nach diesen Plätzen mit der Straßenbahn vornehmen. Neben diesen Freiflächen für die Schuljugend müssen im Innern der Stadt und zwar in den einzelnen Stadtteilen die Kleinkinderspielplätze vermehrt werden.

Durch die weitblühende Liberalität des Geheimrats Reich wird eine Einrichtung dauernd erhalten: die Veranstaltung des sommerlichen Jugend- und Spielfestes auf den großen, mitten im Wald gelegenen Wiesen der Reiz-Aniel.

An die Erziehung der Schuljugend schließen sich die Bestrebungen an, die eine wirkungsvolle Jugendpflege für die so wichtige, aber auch so gefährliche Zeit zwischen dem 14. und 18. Lebensjahre schaffen wollen. Vor allem wird von Ostern dieses Jahres ab in der Fortbildungsschule für Knaben und Mädchen freiwilliger Turnunterricht stattfinden. Diese Maßnahme ist der Übergang zu einem etwaigen späteren obligatorischen Turn- und Spielunterricht für die Fortbildungsschüler, wie er in Preußen bereits in 40 und in Sachsen in 24 Gemeinden besteht und wie er auch in der Denkschrift des badischen Unterrichtsministeriums über den Ausbau der allgemeinen Fortbildungsschule als ein bei Vernehmung der Unterrichtszeit in erster Linie in Betracht kommender Gegenstand aufgeführt wird. Die verschiedenen Vereine und Organisationen der hiesigen Stadt, die sich um die Erziehung und Fortbildung der volkschulentlassenen Jugend annehmen, sollen sich nunmehr zu einem Ortsverein des Jungdeutschenbundes Baden zusammenschließen. Die einleitenden Schritte hierzu sind bereits vor einigen Wochen getan worden. Unter Ausschluß aller Neben- und Sonderbestrebungen soll ausschließlich der allgemein pädagogische, rein menschliche Zweck verfolgt werden: das leibliche, geistige und sittliche Wohl der schulentlassenen Großstadtyugend zu fördern. Den Mittelpunkt dieser Bestrebungen soll künftig ein Jugendheim des Mannheimer Ortsvereins des Jungdeutschenbundes bilden, das den Rahmen für alle die Veranstaltungen abgeben soll, die der Belehrung und Unterhaltung der schulentlassenen Jugend dienen, soweit nicht die Tätigkeit ins Freie verlagert wird. Und dem Wunsche des Schulleiters, daß die nächste große Stiftung aus Mannheimer Bürgerkreisen ein solches Jugendheim und schenken möge, hat der Bürgerausschuß einstimmig zugestimmt. Dr. M.

Der Bezirksverein Karlsruhe für Jugendzuehung und Gefangenenerziehung.

und der ihm angegliederte Jugendzuehungsverein hielten am 25. d. Mts. ihre ordentliche Mitgliederversammlung ab. Aus den von den beiden Vorstehenden erstatteten Tätigkeitsberichten pro 1912 sei hier das Folgende mitgeteilt:

Der Bezirksverein zählt 840 Mitglieder und verausgabte an Unterstützungen den Betrag von rund 4080 M., darunter gegen 1900 M. für Jugendzuehung. Von den im Berichtsjahre in Fürsorge genommenen 367 Jugendlichen kamen 120 in häusliche Überwachung des Vereins, der dem größten Teil davon Arbeitsgelegenheit oder feste Stellung vermittelte; 7 Mädchen brachte der Verein im Fürsorgeheim Redarau unter, 18 hier aufgefessene Jugendliche wurden den Eltern oder Vormündern zugeführt, in 19 Fällen stellte der Verein Antrag auf Zwangsverziehung. Recht gute Erfahrungen wurden mit der Zuführung junger Burken zum Handwerkerstand gemacht. An Erwachsenen standen 590 in Fürsorge des Vereins, welsch lehrte sich im wesentlichen auf folgende Maßnahmen erstreckte: 100 Stellenvermittlungen, 18 Unterbringungen auf der Schreibstube für Stellenlose, darunter 11 mit nachfolgendem Eintritt in feste Stellung, 74 Unterbringungen durch Beschaffung von Konfabrikaten und Zehrgeld, 59 Verpflegungsfälle, 71 Fälle von Familienunterstützung, 54 Unterbringungen mit Kleidung und Werkzeug, 10 Darlehen, 5 Pfandauslösungen, 82 dauernde Überwachungen (14 Zwangsabgänger über 18 Jahre, 12 vorläufig aus der Strafkast Entlassene, 4 auf Wohlverhalten Beurlaubte, 2 unter Polizeiaufsicht stehende).

Der Jugendzuehungs-Ausschuß besteht zurzeit aus 17 Wohltätigkeitsvereinen und -Anstalten und 56 als Helfer tätigen Einzelmittgliedern. Er verausgabte rund 750 M. für Ausbildungs- und Ausstattungslosten, Familienunterstützung und Anfallspflege. Angesamt befasste sich der Ausschuß im Berichtsjahr mit 346 Jugendlichen, von denen er 123 in die Fürsorge des Bezirksvereins abgab. Unter teilweise Beitragsung zur Kostenbedeckung vermittelte der Ausschuß folgende Unterbringungen: Fürsorgeheim Redarau 2, Mädchenfürsorgeheim Scheibhardt 2, Mädchenheim Bretten 2, Mädchenheim Sinshelm 2, Erziehungsanstalt Flehingen 1, Zufluchtsstätte Bethanien hier 1. Eine reiche Fülle von Arbeit und Mühe, Opfermühe und Nächstenliebe birgt sich in diesen Zahlen und macht die beiden Vereine der Unterstützung aller Menschenfreunde wert.

Beitrittserklärungen zum Bezirksverein wollen an Straf-anstaltsdirektor Koelbin, Vereiterklärungen zur Helferarbeit im Jugendzuehungsverein an Frau Alice Densheimer gerichtet werden.

Der Etat der Stadt Karlsruhe.

Nach dem vom Bürgerausschuß in eingehender Debatte mit wenigen unwesentlichen Änderungen gutgeheißenen Voranschlag für das laufende Jahr betragen die Wirtschaftsausgaben 11 176 339 M. und die Wirtschaftseinnahmen 6 228 718 M., so daß der ungedeckte Aufwand 4 947 621 M. beträgt. Die laufenden Ausgaben der Stadthauptkasse sind für das Jahr 1913 auf 9 591 181 M. gegen 9 274 912 M. im Jahre 1912 in den Voranschlag eingestellt. Davon entfallen: auf ertragbare Vermögenswerten 282 546 M. gegen 292 849 M. im Jahre 1912, auf Staatssteuern, Gemeindeumlagen und dergl. 10 800 M. (10 012 M.), auf Markt-, Lager- und Eidungsanstalten 25 030 M. (27 475 M.), auf öffentliche Brunnen, Wege, Plätze, Gewässer und dergl. 976 162 M. (1 407 163 M.), auf die Schule 2 443 544 M. (gegen 2 297 597 M.), auf die Polizei 264 304 M. (257 619 M.), auf die Gesundheitspflege 312 346 M. (285 408 M.), auf die Armen- und Krankenpflege 1 039 493

1. (909 685 M.), auf Einrichtungen zum Schutz und zur Ver...
2. (122 065 M.), auf...
3. (282 533 M.), auf...
4. (357 489 M.), auf die Gemeindeverwaltung...
5. (1 027 545 M.), auf Zinsen und Kosten für Kapital...
6. (1 530 971 M.), auf Abgang...
7. (294 300 M.) und auf sonstige Ausgaben...
8. (1 032 888 M.) gegen 888 200 M. im Vorjahre vorgesehen...
9. (510 848 M.) und zur Zuführung zu den An...
10. (28 000 M., 80 000 M.), so daß sich die Gesamtaus...
11. (11 178 339 M. gegen 10 824 045 M. im Vorjahre...
12. Nach einem Bericht über die außerordentlichen...
13. (1 032 654 M. erforderlich, hierfür können 3 Mill. Mark beigesteuert...
14. während noch rund 6 Mill. Mark aufzunehmen sind.

Kommunalpolitische aus Freiburg.

E. Freiburg, 24. April. Der Stadtrat hat den Schluß der...
1. laufend Theaterzeit auf den 14. Juni festgesetzt. Die...
2. neue Spielzeit soll Anfang September wieder beginnen. —...
3. Da hier seit Jahren ein großer Mangel an Kleinwohnungen...
4. besteht, hat der Stadtrat beschlossen, daß nach dem bisher be...
5. nutzten System der städt. Kleinwohnungsbau durch Ver...
6. pachtung, Fermis- u. Zinsweise alsbald eine weitere Serie von...
7. kleinen Mietwohnungen auf städt. Kosten im Städtchen...
8. erstellt werden soll. Das Hochamt wurde bereits mit der...
9. Projektbearbeitung beauftragt. Die Stadtwaltung hat bis...
10. her für die mäßigbemittelten Bevölkerungskreise im ganzen...
11. 330 Kleinwohnungen errichtet, welche wegen ihrer Billigkeit...
12. und guten Einrichtung sehr begehrt und stets vermietet sind. —...
13. Der Stadtrat ist ferner im Prinzip bereit, einer für das Kleinwoh...
14. nungsweesen etwa sich bildenden Bauengesellschaft durch Her...
15. gabe billigen Geländes entgegenzukommen. Die technis...
16. chen Beamtungen haben den Auftrag erhalten, geeignete Ge...
17. lände im Hügelland und in der Ebene in Vorschlag zu brin...
18. gen. — Nach den zwischen den maßgebenden Instanzen gef...
19. horten Verhandlungen besteht jetzt Übereinkunft darüber...
20. daß bei Verlegung der Söllentalbahn ein neuer Güterbah...
21. hof in der Wehre errichtet und für Güter und eiligmäßig...
22. zu befördernde Güter unbeschränkt zugelassen werden soll, wäh...
23. rend für den Wagenladungsverkehr nach und von dem neuen

Bierbrauerei eine besondere Interessengruppe, entsprechend den...
1. Vorschlägen des Stadtrats und der Handelskammer, abgegrenzt...
2. werden soll. Durch die Güterbahnhofsfrage wird die Verteilung...
3. der Söllentalbahn erheblich verzögert. Im Interesse einer ge...
4. deßwilligen Weiterentwicklung der Wehre wäre eine baldige...
5. verbindliche Lösung dieser seit mehr als 10 Jahren schwebenden...
6. Frage dringend erwünscht. — Vom städt. öffentlichen Unter...
7. suchungsamt wurden im Jahre 1912 im ganzen 2388 Unter...
8. suchungen (1911: 2346) ausgeführt, welche in der Haupt...
9. sache (2043) Nahrungsmittel und Gebrauchsgüter...
10. betrafen. Von den zur Ausführung gelangten Unter...
11. suchungen wurden veranlaßt: 1380 von der Polizei, Staatsan...
12. waltschaft und Gerichten, 598 von Zollbehörden, 88 von Konj...
13. unkturämtern und 272 von sonstigen Interessenten. Zu bean...
14. standen waren 566 Proben = 24,7 (1911: 25) Prozent. — Vor...
15. einigen Tagen wurde mit dem Abbruch der Häuser von Meuch...
16. linnacht und Schmid Sommer behufs Freilegung des Schw...
17. abentors und Herbeiführung besserer Verkehrsverhältnisse in...
18. Oberlinden begonnen. Mit der Niederlegung der Schmiede...
19. dürfte die älteste in Deutschland noch bestehende Kuchensch...
20. mühle der Welt verschwinden, da diese nachweisbar auf ein...
21. Alter von mehr als 500 Jahren zurückzuführen kann. Auch von...
22. den beiden anderen Häusern sind Aufzeichnungen aus den Jah...
23. ren 1458 und 1460 vorhanden. — Am 5., 7. und 8. Mai werden...
24. hier vom Frankfurter Meßer-Quartier und der Münderner...
25. Wasservereinigung des Reg. Hoforchesters drei Kammermu...
26. siken mit Kompositionen von Mozart, Haydn, Beethoven,...
27. Schubert und Brahms veranstaltet. — Die städt. Gewerbeschule...
28. war im vergangenen Schuljahre von 2200 Schülern besucht. In...
29. der Pflichtschule befanden sich 20 Arbeitkinder. Die Pflicht...
30. schüler und -schülerinnen wurden in 51 Klassen unterrichtet...
31. Die Zahl der Gastkurse (mit freiwilligem Besuch) betrug 26...
32. Die Teilnehmer der Weiterbildungskurse wurden in 6...
33. Fachabteilungen unterrichtet. Der Lehrkörper der Anstalt be...
34. stand aus 20 Hauptamtlich und 14 Nebenamtlich wirkenden Leh...
35. rern und Lehrerinnen. Die Ausgaben für diese muntergültig...
36. eingerichtete und geleitete Schule (Rektor: Diplomingenieur...
37. Schulmacher) stellten sich im ganzen auf 137 400 M. Der Zu...
38. schuß der Stadt betrug 91 000 M., derjenige des Staates 42 078...
39. Mark, während aus Schulgeldern und Beiträgen von Stif...
40. tungen usw. 4327 M. eingingen.

Finanzieller Wochenrückblick.

Frankfurt, 24. April. Die günstige Gesamtstimmung...
1. über die wir in unserem vorwöchentlichen Wochenrück...

Das Geschäft für den neuen Zinsfuß der Kapitalanlage...
1. in unseren Pfandbriefen und Kommunalobligationen können von der Bank direkt oder...
2. von sämtlichen Pfandbriefverkäufern gratis und franko bezogen werden. Unsere Aktien...
3. Pfandbriefe und Kommunalobligationen nehmen wir kostenlos in Verwahrung.

Städtische Anleihen.

| | | | |
|----------------------------|-------|----------------------------|-------|
| 1. Stadtbank u. S. u. 1913 | 97.40 | 2. Stadtbank u. S. u. 1914 | 97.50 |
| 3. Stadtbank u. S. u. 1915 | 97.50 | 4. Stadtbank u. S. u. 1916 | 97.50 |
| 5. Stadtbank u. S. u. 1917 | 97.50 | 6. Stadtbank u. S. u. 1918 | 97.50 |

Pfandbriefe.

| | | | |
|---------------------------------|-------|---------------------------------|-------|
| 1. Pfandbriefbank u. S. u. 1913 | 97.50 | 2. Pfandbriefbank u. S. u. 1914 | 97.50 |
| 3. Pfandbriefbank u. S. u. 1915 | 97.50 | 4. Pfandbriefbank u. S. u. 1916 | 97.50 |
| 5. Pfandbriefbank u. S. u. 1917 | 97.50 | 6. Pfandbriefbank u. S. u. 1918 | 97.50 |

Kursbericht der Karlsruher Zeitung.

25. April 1913.

| Deutsche Staatspapiere. | | | |
|-----------------------------|-------|-----------------------------|-------|
| 1. 4% Reichsanleihe v. 1909 | 99.10 | 2. 4% Reichsanleihe v. 1910 | 99.10 |
| 3. 4% Reichsanleihe v. 1911 | 99.10 | 4. 4% Reichsanleihe v. 1912 | 99.10 |
| 5. 4% Reichsanleihe v. 1913 | 99.10 | 6. 4% Reichsanleihe v. 1914 | 99.10 |

| Städtische Anleihen. | | | |
|-------------------------------|-------|-------------------------------|-------|
| 1. 4% Stadtbank u. S. u. 1913 | 97.40 | 2. 4% Stadtbank u. S. u. 1914 | 97.50 |
| 3. 4% Stadtbank u. S. u. 1915 | 97.50 | 4. 4% Stadtbank u. S. u. 1916 | 97.50 |
| 5. 4% Stadtbank u. S. u. 1917 | 97.50 | 6. 4% Stadtbank u. S. u. 1918 | 97.50 |

Rheinische Hypothekbank Mannheim.

| | |
|---|---|
| Eingezahltes Aktienkapital M. 25 500 000.— | Hypothekenbestand Ende 1912 M. 581 470 632.67 |
| Gesamtreserven (ausschließlich Vortrag) „ 29 176 181.31 | Kommunal-Darlehen „ „ 14 708 704.91 |
| „ „ 29 176 181.31 | Pfandbrieflauf „ „ 558 658 300.— |
| „ „ 29 176 181.31 | Kommunal-Obligationenlauf „ „ 9 204 500.— |

Der Geschäftsbericht für das Jahr 1912, sowie Zirkulare betreffend Kapitalanlage in unseren Pfandbriefen und Kommunalobligationen können von der Bank direkt oder von sämtlichen Pfandbriefverkäufern gratis und franko bezogen werden. Unsere Aktien, Pfandbriefe und Kommunalobligationen nehmen wir kostenlos in Verwahrung. Bank selbst und bei allen Banken und Bankiers erhältlich.

Dresdner Bank

Aktienkapital: 200 Millionen M. Reserven: 60 Millionen M.

Niederlassungen im Großherzogtum Baden:
Mannheim • Heidelberg • Freiburg i. B.

Sorgfältige Erledigung aller bankmäßigen Geschäfte.

Rheinische Treuhand-Gesellschaft H.-G.

0 7 26 Mannheim Teleph. 7155

Aktienkapital Mk. 1 500 000.—

Weitverzweigte Beziehungen zu ersten Finanzkreisen.

Bilanzprüfungen, Buchhaltungs- u. Betriebs-Organisationen, Liquidationen, Sanierungen, Vermögens-Verwaltungen, Seröse Gründungen, Gutachten in Steuer- und Auseinandersetzungsachen, eingehende Beratung in Beteiligungs-Angelegenheiten. Unbedingte Verschwiegenheit.

Grundstücks-Zwangsversteigerung.

Grundstück: Gemarkung Karlsruhe, Lsg.-Nr. 2118: 4 a 82 qm mit Gebäuden, Karl Wilhelmstraße 18.
Eigentümer: Restaurateur Christian Rother in Karlsruhe.
Versteigerungstermin: Mittwoch, den 4. Juni 1913, vormittags 9 Uhr, im Notariatsgebäude, Adlerstraße 26.
Mündliche Auskunft gebührenfrei beim Notariat, Karlsruhe, den 19. April 1913.
Großh. Notariat VIII als Vollstreckungsgericht.

Gärtliche Rechtsplege.

a. Streitige Gerichtsbarkeit.
R. 1027.2.1. Karlsruhe. In der Scheidungsangelegenheit des Häftlingsarbeiters Jakob Schmid in Karlsruhe, Prozeßnummer...

Rabung nicht erschienen war, auf Klage Antrag gemäß § 618 Abs. 2 ZPO. neuer Verhandlungstermin bestimmt auf Dienstag, den 24. Juni 1913, vormittags 9 Uhr, vor der I. Zivilkammer des Gr. Landgerichts Karlsruhe. In diesem Termin laßt der Kläger die Beklagte mit der wiederholten Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt vertreten zu lassen. Karlsruhe, 23. April 1913. Gerichtsschreiber Großh. Landgerichts.

1913 wegen Trunkucht entmündigt. Pforzheim, 24. April 1913. Großh. Amtsgerichts A. III.

Strafrechtsplege.
R. 935.3.2.1. Rekl. Der am 20. Januar 1913 zu Pforzheim geborene und hiesig anlehnt wohnhaft gewesene, unbekanntem Orte abwesende Bierbrauer und Kanonier Michael Georg Haub wird bestrahlt, als Wehrmann der Landwehr ersten Aufgebots ohne Erlaubnis auszuwandern auf sein Übertretung gegen § 380 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs. Derselbe wird auf Anordnung des Großh. Amtsgerichts am Montag den 16. Juni 1913, vormittags 10 Uhr, vor das Gr. Schöffengericht in Rekl zur Hauptverhandlung geladen. Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 der Strafprozeßordnung von dem königlichen Bezirkskommando in Offenburg angelegten Erklärung verurteilt werden. Rekl. den 22. April 1913. Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts.

Verdichtene Bekanntmachungen.
Zimmer- und Verglasungsarbeiten für die Bahnhofsgebäude des neuen Personnenbahnhofs Karlsruhe nach Finanzministerialverordnung vom 3. Januar 1907 öffentlich und getrennt hineinander zu vergeben. Bedingungenunterlagen Einlieferungsfrist 30 einzusehen und zu erhalten gegen Kostenerhalt je 1.80 M. (bestellbar). Angebote beschließen, postfrei u. mit Aufschrift

bis längstens Mittwoch den 14. Mai, vorm. 10 Uhr, bei uns eingereichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen. L. 926.2.1 Mannheim, 15. April 1913. Gr. Bauinspektion III.

Umbau des Landwassergrabenkanals unter der Hauptbahn beim Haltepunkt Löffelhausen nach Finanzministerialverordnung vom 3. Januar 1907 öffentlich zu vergeben. Hauptarbeiten: Holzeinbau 8 cbm, Fundament ausbau 550 cbm, Beton 460 cbm, Pflaster 100 qm. Bedingungen und Zeichnungen auf unserer Kanztlei. Kein Versand nach auswärts. Angebote (Vordruck auf unserer Kanztlei mit Aufschrift, spätestens bis 7. Mai, vorm. 11 Uhr, beschließen u. postfrei eingereichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen. L. 926.2.1 Karlsruhe, 23. April 1913. Großh. Generaldirektion der Bad. Staatseisenbahnen.

Österreichisch-Ungarisch-Schweizerischer Güterverkehr.
Mit Wirkung vom 1. Mai 1913 werden für Petroleum und Benzin in ganzen Ladungen direkte Frachtsätze von Orsova nach Basel, Schaffhausen und Konstanz eingeführt. Näheres enthält unser nächster Tarifangeiger. L. 925 Karlsruhe, 23. April 1913. Großh. Generaldirektion der Bad. Staatseisenbahnen.

Mit Gültigkeit vom 1. Mai 1. 3. werden neu ausgeben: Der Gütertarif für die Bad. Verbindungsbahn, der Gütertarif Basel S.W. und Basel-St. Johann-Baden. Infolge wesentlicher Ermäßigung der Frachtsätze für die Bad. Verbindungsbahn ergeben sich für die Frachtberechnung, so weit dabei bisher die Verbindungsfrachten berücksichtigt waren, Ermäßigungen. Andererseits enthält der Gütertarif Basel S.W. — Schweiz außer dem am Tage der Veröffentlichung der Wechselsätze für den Güterverkehr in Kraft tretenden, bereits veröffentlichten Ermäßigungen d. Frachtsätze der Bern-Lötschberg-Simplon, der Spiez-Erlenbach und der Erlenbach-Drei-Tannen-Bahn auch im Verkehr mit verschiedenen anderen schweizerischen Stationen Ermäßigungen, die bei Tarif bis zu 5 Centimes für 100 kg betragen. Nähere Auskunft erteilt unser Verkehrs-Bureau, bei dem die neuen Tarife auch käuflich sind. L. 953 Karlsruhe, 23. April 1913. Großh. Generaldirektion der Bad. Staatseisenbahnen.

Großh. Badische Staatseisenbahnen.
Mit dem 1. Mai tritt der neue Fahrplan auf den Großh. badischen Staatseisenbahnen nach Maßgabe des auf den Stationen angehängenen Anhangs Fahrplanes in Kraft. Abdrücke dieses Fahrplanes können entweder unmittelbar von der Chr. Fr. Müller'schen Hofbuchhandlung hier oder durch Vermittlung unserer Stationen bezogen werden. L. 952 Karlsruhe, 25. April 1913. Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen.